



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Aktuell seit 18.06.2026 09:24:01

Angegeben von:

bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe / Frauen gegen Gewalt e.V.
(R001412) am 09.10.2025

Beschreibung:

Der bff begrüßt das Ansinnen, den Gewaltschutz zu verbessern. Allerdings fordert er die Einbettung der geplanten Maßnahmen in ein Gesamtkonzept.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4082 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz (Vorgang)

Betroffene Interessensbereiche (1)

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (6)

GewSchG [alle RV hierzu]

FamFG [alle RV hierzu]

BGB [alle RV hierzu]

BGBEG [alle RV hierzu]

EUGewSchVG [alle RV hierzu]

WaffRG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2510090001 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]